

Armer deutscher Handwerker plant Auswanderung nach Mallorca!

RTL-II-Doku über Stephan, 53, der mit Jobcenterproblemen kämpft und von Auswanderung nach Mallorca träumt.
Aktuelle Entwicklungen im Bürgergeld.



Mallorca, Spanien - In der neuesten Folge der RTL-Zwei-Doku „Armes Deutschland“ wird der 53-jährige Stephan vorgestellt, der mit erheblichen Schwierigkeiten in seinem Leben konfrontiert ist. Er hat in den letzten Wochen kein Geld vom Jobcenter erhalten, da ihm zahlreiche Unterlagen fehlen. Diese Probleme sind jedoch nicht die einzigen, mit denen er kämpft. Stephan lebt unter prekären Bedingungen in einer Jagdhütte, die weder über fließendes Wasser noch über Strom verfügt. Unterstützung erhält er von Nachbarn, die ihm unter die Arme greifen. Dennoch plant er einen mutigen Schritt: Die Auswanderung nach Mallorca, wo er als Handwerker arbeiten und die Sonne genießen möchte. Er gesteht offen, dass er beabsichtigt, das Jobcenter zu betrügen, und sieht dies nicht als

moralisches Problem.

„Ich will das Geld einstecken und sehen, wie das Jobcenter damit klarkommt“, äußert Stephan. Er hat jedoch noch nicht entschieden, wie lange er seine Auswanderungspläne geheim halten möchte. Diese provokative Einstellung wirft Fragen über die soziale Absicherung in Deutschland auf, die in der Doku als „kein Spiel“ beschrieben wird. Es bleibt unklar, ob Stephan beabsichtigt, die Einkünfte aus seiner Arbeit in Mallorca dort zu versteuern.

Betrug beim Bürgergeld als wachsendes Problem

Der Fall von Stephan ist nicht isoliert, denn Bürgergeld-Betrug stellt ein zunehmend ernstes Problem in Deutschland dar. Laut einer Untersuchung auf [buerger-geld.org](https://www.buerger-geld.org) nutzen sowohl Einzelpersonen als auch organisierte Gruppen Schwachstellen im System aus. Zu den häufigsten Betrugsmaschen gehören falsche Angaben zu Einkommen oder Vermögen, das Verschweigen von Nebeneinkünften sowie Scheinanstellungen, bei denen ausländische Arbeiter weniger als tatsächlich gearbeitet haben und zusätzlich Bürgergeld beantragen.

Die Behörden haben begonnen, präventiv zu reagieren. So führen sie Datenabgleiche zwischen Jobcentern und Rentenversicherungen durch und schalten erweiterte Ermittlungen in Verdachtsfällen ein. Die Konsequenzen für Betrüger können erheblich sein: Neben der Rückzahlungspflicht drohen auch Geldstrafen oder sogar Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren.

Sozialbetrug im Kontext der Migration

In diesem Kontext nimmt der Diskurs über Bürgergeld für geflüchtete Ukrainer an Intensität zu. Wie [merkur.de](https://www.merkur.de) berichtet, sehen einige Politiken in der sofortigen Gewährung von

Bürgergeld an ukrainische Flüchtlinge eine Fehler. Der CDU-Chef Friedrich Merz hat diese Thematik angesprochen und die Verteilung der Verdachtsfälle auf verschiedene Bundesländer erläutert. Zum Beispiel meldete die Berliner Zeitung minimum 5609 Verdachtsfälle von Bürgergeld-Betrug an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, wobei die meisten davon in Bayern und Baden-Württemberg lokalisiert sind.

Erste Schritte sind bereits unternommen worden, um die Dokumentenausstellung durch ukrainische Behörden zu verbessern und die Zugangsbedingungen zum Bürgergeld zu überdenken. Bis heute beziehen circa 700.000 Ukrainer Bürgergeld in Deutschland; insgesamt wurden seit Januar 2023 über 154.000 in Integrationskurse geschickt. Dies wirft die Frage auf, inwieweit diese Maßnahmen die Unterstützung bedürftiger Migranten effektiv gestalten können.

Der Fall von Stephan und der wachsende Betrug im Bürgergeld-System verdeutlichen, wie komplex die Thematik ist. Der Druck, Lösungen zu finden, wächst, da die Gesellschaft mit einer Vielzahl von sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert ist.

Details	
Vorfall	Betrug
Ort	Mallorca, Spanien
Quellen	• www.derwesten.de • www.buerger-geld.org • www.merkur.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net